

## **Inhaltsprotokoll**

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Mobilität**

7. Sitzung  
11. Mai 2022

Beginn: 09.09 Uhr  
Schluss: 11.07 Uhr  
Vorsitz: Kristian Ronneburg (LINKE)

### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Geschäftliches – siehe Beschlussprotokoll.

### Punkt 1 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –  
Drucksache 19/0200

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von  
Berlin für die Haushaltsjahre 2022 und 2023  
(Haushaltsgesetz 2022/2023 – HG 22/23)**

[0032](#)  
Mobil  
Haupt(f)

**Hier: Einzelplan 07 Kapitel 0700, 0705, 0730, 0732,  
0770 und Kapitel 0740 mit den Titeln 23102, 23104,  
33190, 52102, 54040, 68228, 68229, 72001, 72002,  
72003, 72211, 72221, 72243, 72701, 72704, 72706,  
72708, 72710, 72714, 72715, 72769, 72770, 72771,  
72772, 72773, 72775, 72778, 72781, 72783, 72785,  
72786, 72787, 82265, 88101, 89115, 89116, 89201  
sowie Einzelplan 27 Kapitel 2707 – Aufwendungen  
der Bezirke – Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und  
Klimaschutz – alle Titel mit Bezug zu Mobilität  
(auf Drucksache 19/0200-Anlage)**

– 2. Lesung –

In die Beratung wird einbezogen:

Sammelvorlage SenUMVK  
– Z F 1 – vom 28.04.2022

[0032-01](#)  
Mobil

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung  
des Ausschusses für Mobilität**  
Haushaltsberatung 2022/2023 – Ausschuss Mobil

**Vorsitzender Kristian Ronneburg** teilt mit, dass als Tischvorlage eine Synopse verteilt worden sei, anhand derer er die zweite Lesung der Haushaltsberatungen durchführen werde. Die Synopse enthalte alle vorab eingegangenen Änderungsanträge der Fraktionen sowie Verweise auf die Berichte der Senatsverwaltung in der Sammelvorlage. Zudem liege als Tischvorlage ein weiterer Änderungsantrag der AfD-Fraktion vor, der an entsprechender Stelle aufgerufen werde. Die Koalitionsfraktionen hätten keine Änderungsanträge eingereicht. – Weiteres Geschäftliches siehe Beschlussprotokoll.

### **Generalaussprache**

**Stephan Machulik** (SPD) führt aus, der Haushaltsentwurf versuche, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln abzudecken, was sich die Koalition auf die Fahnen geschrieben habe, z. B. Verkehrs- und Mobilitätswende, Radverkehrsinfrastrukturausbau, schienengebundener ÖPNV inkl. Tramnetzausbau, Wirtschaftsverkehr, Wende der Antriebstechnologie, allerdings fehlten noch viele Mittel für die Umsetzung der Vorhaben. Es sei schwer, Prioritäten zu setzen, damit Berlin voranschreiten könne. Daher seien die Koalitionsfraktionen übereingekommen, hier keine Änderungsanträge einzubringen und den Haushaltsentwurf zu akzeptieren. Zugleich setzten sie sich dafür ein, dass weitere Mittel des Bundes und Einnahmen aus Titeln, die noch nicht veranschlagungsreif seien, eingesetzt werden könnten.

**Alexander Kaas Elias** (GRÜNE) hebt hervor, der Aufwuchs des Etats sei nicht mehr so hoch wie in den letzten fünf Jahren. Insofern sei es schwieriger gewesen, die Mittel zu verteilen. Dennoch würden die Erfolge der letzten Wahlperiode fortgesetzt. Der Nahverkehrsvertrag werde weiter mit Leben gefüllt. Es sei bereits zu ersten Taktverdichtungen gekommen. Die Bahn werde ausgebaut, i2030 fortgeführt, um Verlagerungen vom Auto auf die Schiene zu erreichen. Es gebe zufriedenstellende Schritte bei der Mobilitätswende. Er verweise auf die alternative barrierefreie Beförderung, wenn Menschen nicht mit Bus und Bahn ans Ziel kommen könnten. Der Rufbus ermögliche in Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg und Treptow-Köpenick die Anbindung der letzten Meile ohne das Auto.

**Oda Hassepaß** (GRÜNE) begrüßt den ÖPNV-Ausbau, Taktverdichtungen und weitere Erschließungen am Stadtrand. Nur mit einer zügigen Umsetzung der Verkehrswende könne man die Probleme in den Bereichen Verkehrssicherheit, Gesundheit, Lebensqualität und Klimaanpassung rechtzeitig lösen. Der Radverkehrsplan, der Fußverkehrsplan und die Umsetzung der Verkehrssicherheitsmaßnahmen seien Mammutprojekte, die für Fußverkehr, Radverkehr und Verkehrssicherheit eingestellten Mittel ausbaufähig. Es gebe Mehrbedarf bei Mitteln und Personal. Derzeit werde an Lösungen gearbeitet, um diese Titel verstärken zu können und Berlin Strahlkraft in Sachen zukunftsfähiger Mobilität zu verleihen.

**Oliver Friederici** (CDU) äußert die Vermutung, dass die Koalitionsfraktionen noch Änderungsanträge im Hauptausschuss stellen würden. Seine Fraktion verfolge einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz in der Mobilitätspolitik, bei wachsenden Verkehren auch alles – ÖPNV, Radverkehr, A100 und TVO – auszubauen. Er danke SenUMVK für die inhaltsreichen und erfreulichen Berichte und begrüße, dass SenUMVK beim Thema P+R einen Aufschlag mache, die Straßenbahnplanung realistisch ins Auge fasse, U-Bahnprojekte in Nutzen-Kosten-Analysen prüfe und sich i2030 offensiv zuwende, auch wenn es dort noch zu langsam vorangehe. 1 000 neue U-Bahnfahrzeuge seien zu wenig.

Zu den CDU-Änderungsanträgen verweise er auf die schriftlichen Antragsbegründungen. Es würden wesentliche Kürzungen bei der Selbstdarstellung der Politik der Senatsverwaltung vorgenommen; Publikationen erreichten das Doppelte des bisherigen Haushaltsansatzes. Die Präsentation der InfraVelo sei unbefriedigend gewesen. Er fordere, diese Gesellschaft, die sich weitgehend außerhalb parlamentarischer Kontrolle befinde, nicht beizubehalten und die Aufgaben der Radverkehrsplanung mit den entsprechenden Personalmitteln in die Senatsverwaltung zurückzuführen. Er sehe keine Notwendigkeit, Dienstleistungen und Overheadkosten für die Parkraumbewirtschaftung und Errichtung von Kiezblocks einzuführen, weil dies ggf. Aufgabe der Bezirke wäre; seine Fraktion taste die Mittel der Bezirke hier nicht an. Er fordere eine deutliche Erhöhung der Planungsmittel für Nutzen-Kosten-Analysen und die Parallelisierung der Voruntersuchungen, ein Konzept „Innere und äußere Stadt“ zusammen mit Brandenburg, die Förderung eines leistungsfähigen Stadtverkehrs im Miteinander, nicht im Gegeneinander, die beschleunigte Planung der TVO und den Beginn der Planung des 17. Bauabschnitts der A100 in Fachverantwortung der Bundesbaugesellschaft, ein leistungsfähiges Luftverkehrskonzept mit Brandenburg, das die Probleme des Standorts löse und für mehr Interkontinentalflüge und weniger Regionalflüge Sorge, die Stärkung des P+R-Konzepts mit Brandenburg und einen „Feuerwehrfonds“ mit rund 500 000 Euro 2022 und 2 Mio. Euro 2023 für die Brückensanierung in Berlin, nachdem sich bei der Elsenbrücke gezeigt habe, dass nach der Sperrung aufgrund fehlender Haushaltsmittel nichts passiert sei.

**Kristian Ronneburg** (LINKE) bestätigt, dass aus Sicht der Koalitionsfraktionen noch Handlungs- und Verbesserungsbedarf bestehe und die Koalitionsfraktionen sicherlich noch Anträge stellen würden, allerdings nicht im Fachausschuss, sondern im Hauptausschuss. In der letzten Wahlperiode seien beim Personal bereits viele Stellen geschaffen worden. Diesen Weg müsse man fortsetzen, denn die Verkehrswende brauche engagiertere Mitarbeitende auf Landes- und Bezirksebene sowie in Gesellschaften wie der InfraVelo; damit stehe oder falle der Erfolg in den nächsten Jahren. Zudem gebe es Finanzbedarfe für ÖPNV-Investitionen und die Ausfinanzierung von i2030. Themen seien des Weiteren Barrierefreiheit und Beschleunigungsmaßnahmen im Nahverkehr sowie Verkehrskonzepte für einzelne Bereiche. Er sei hoffnungsvoll, dass noch einige Verbesserungen des Entwurfs in weiteren Runden erreicht werden könnten. Es sei wichtig gewesen, im Entwurf die Verkehrsverträge zu erfüllen und zu untersetzen.

**Niklas Schenker** (LINKE) schließt an, beim Fußverkehr komme es darauf an, zwei Stellen pro Bezirk zu erreichen, damit die Titelansätze im Haushalt auch umgesetzt werden könnten. Eine Entscheidung darüber stehe noch aus. Der Radverkehrsbereich sei im Haushalt gut ausgestattet. Jeder zusätzliche Kilometer Radverkehr Sorge für eine enorme Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes. Hier gebe es noch großen Nachholbedarf. Um die Mobilitätswende im Radverkehrsbereich umzusetzen, brauche man auch entsprechende Strukturen. Bezirkliche Initiativen zur Stadtumgestaltung und Neuverteilung des öffentlichen Raums – Stichwort temporäre

Spielstraßen, Kiezblocks – sollten gefördert werden, um die Mobilitätswende in die Stadt zu bringen. Die Koalition werde noch an anderer Stelle weitere Schwerpunkte setzen.

**Harald Laatsch** (AfD) konstatiert, dass sich die Koalition der Fachdebatte entziehe, was er unanständig finde. Löblich sei, dass sich SenUMVK dem Schienen- und Radverkehr zuwende. Nicht gut sei, dass SenUMVK beim Schienenverkehr auf die Tram setze. Bei der Infra-Velo sehe seine Fraktion erhebliche Schwächen und keine Leistungsfähigkeit, habe dies aber im Unterschied zur CDU noch nicht im Haushalt abgebildet, was vielleicht ein Versäumnis sei. Eine U-Bahnanalyse sehe er gar nicht. Seit 30 Jahren sei klar, dass die U 3 verlängert werden müsse. Der Senat wolle sich ohne U-Bahnausbau über die Wahlperiode retten. Seine Fraktion wolle bei der Infrastruktur für Elektromobilität 50 Mio. Euro kürzen, weil die private Wirtschaft für diese Investitionen zuständig sei. Beim Radverkehr sollten die Mittel erhöht werden, weil noch mehr getan werden müsse, jedoch sei Wert auf einen entsprechenden Output zu legen. Wenn der Senat mit der Planung für die Eisenbrücke nicht vorankomme, müsse privates Planungspotenzial dazugekauft werden. Seine Fraktion habe noch eine Tischvorlage zur A100 vorgelegt; der Senat müsse die positive Wirkung der A100 für die City in der Öffentlichkeit darstellen, insbesondere angesichts der neuen Volksinitiative „Berlin autofrei“.

**Gunnar Lindemann** (AfD) erklärt, dass Verbesserungen beim ÖPNV entgegen den Ankündigungen der Koalition kaum festzustellen seien. SenUMVK befasse sich in erster Linie mit dem Tramausbau. Anstelle der Straßenbahn zwischen Hauptbahnhof und U-Bahnhof Turmstraße wäre eine Verlängerung der U 5 sinnvoll. An dieser Stelle habe die Koalition versagt. Berlin brauche einen leistungsstarken Nahverkehr mit U- und S-Bahnen. Daher habe seine Fraktion entsprechende Änderungsanträge gestellt; Gelder sollten von der Straßenbahn zur U- und S-Bahn verlagert werden. Für i2030 seien zu wenig Mittel eingestellt; so könne der ÖPNV nicht attraktiver gemacht werden. Zur Verdichtung der Takte müssten auch die Blockabstände bei den Signalen der U-Bahn verkürzt werden. Damit wäre bei Bedarf ein 45-Sekunden-Takt möglich. Da die Stadt wachse, würden sich die Bedarfe immer weiter erhöhen. Deshalb müsse technisch nachgerüstet werden. Für weitere U-Bahnwagen wolle seine Fraktion ebenfalls Gelder bereitstellen. Akzeptanz für die Nutzung des ÖPNV durch die Bevölkerung erreiche man nur durch die Erhöhung der Sicherheit und Sauberkeit und des Service. Daher sehe seine Fraktion auch Mittel für mehr Personal auf den Bahnhöfen vor, denn dies bedeute weniger Vandalismus, weniger Drogendealer, mehr Sicherheit und Auskunftsmöglichkeiten für Fahrgäste und Touristen. Hier habe die Koalition völlig versagt.

**Felix Reifschneider** (FDP) bemerkt, dass die vorgelegten Berichte der SenUMVK mit großem Erkenntnisgewinn verbunden seien. Offenbar seien die Koalitionsfraktionen insgesamt vom Mobilitätsetat enttäuscht und hätten mehr erwartet; dies werfe ein Licht auf die Durchsetzungsfähigkeit der Senatorin im Senat. Es gebe große Anstrengungen im investiven Bereich zum Ausbau des Radverkehrs und des ÖPNV, was seine Fraktion ausdrücklich begrüße, allerdings hätte sie keinen Schwerpunkt bei der Tram gesetzt. Mit einer U-Bahnanbindung der UTR wäre man für die Zukunft deutlich besser aufgestellt. Große Teile des Etats seien durch Verträge gebunden, sodass keine größeren Summen umverteilt werden könnten, dennoch sollte mehr Geld für den Fußverkehr eingesetzt werden, um schneller anspruchsvollere Projekte in die ganze Stadt zu bringen. Pilotprojekte in den Bezirken, die noch drei Jahre liefern und irgendwann evaluiert würden, reichten nicht aus, um schnell Verbesserungen für den Fußverkehr zu erreichen. Zu begrüßen sei die Stärkung der Unfallkommission; man könne aber noch mehr machen, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen.

Seine Fraktion plädiere dafür, den Ausbau der U-Bahn voranzutreiben. Machbarkeitsuntersuchungen und Nutzen-Kosten-Analysen sollten für einzelne Strecken vorgebracht werden, um eine Finanzierung des Bundes zu akquirieren. Die Nutzung von Seilbahnen solle geprüft werden. Die Digitalisierung der Verkehrssteuerung und sensorgestützte LSA sollten vorangetrieben werden, um eine bessere und smartere Verkehrsflusssteuerung zu erreichen. Enttäuschend sei, dass es nicht gelinge, ausreichend Bundesmittel zu akquirieren, obwohl der Bund viele Mittel bereitstelle. Die Aussage der Senatorin, dass Bundesmittel vorrangig vor Landesmitteln eingesetzt werden sollten, scheine nicht ausreichend umgesetzt worden zu sein. Bei der Umsetzung von Maßnahmen sei mehr Tempo erforderlich, um den Pfad in Richtung Klimaneutralität 2045 und die angestrebten Teilerfolge bis 2030 zu erreichen. Dafür seien in dieser Wahlperiode die entscheidenden Grundlagen zu legen, denn was jetzt nicht umgesetzt werde, könne ab 2027 nicht mehr aufgeholt werden. Zudem würden die Kosten steigen, wenn man in dieser Wahlperiode nicht substanziell vorankomme. Bedauerlich sei, dass die Koalitionsfraktionen hier keine Änderungsanträge vorgelegt hätten, eine fachliche Debatte über Verkehrspolitik nicht geführt werde und Dinge erst im Hauptausschuss verhandelt würden. Seine Fraktion wolle einen Beitrag zu einer gelingenden Verkehrswende in Berlin leisten.

**Vorsitzender Kristian Ronneburg** hält fest, dass die Generalaussprache damit erledigt sei.

## **Einzelplan 07 – Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz**

### **Übergreifend – Radverkehr**

Nr. 1 (der Synopse)

Bericht Nr. 1 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/  
Die Grünen und Die Linke

**Felix Reifschneider** (FDP) greift auf, dass SenUMVK für den Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur einen zusätzlichen Stellenbedarf von 200 VZÄ bis 2028 anführe, obwohl die 1 850 km bis 2027 fertig sein sollten. Welchen Entwicklungspfad in der Personalplanung, der nicht in diesem Haushalt abgebildet sei, sehe SenUMVK, um die 200 VZÄ zu erreichen? Er nehme an, dass es sich dabei um einen Nettozuwachs und nicht um Ersatz handeln solle.

**Bürgermeisterin Bettina Jarasch** (SenUMVK) betont, dass in der Generalaussprache gemeinsame Anliegen deutlich geworden seien. Das Erreichen der Klimaneutralität sei nicht nur eine Mammutaufgabe, sondern erfordere eine gemeinsame Kraftanstrengung. Es sei schon lange klar, dass auch für den Radverkehrsausbau mehr Personal auf Landes- und Bezirksebene notwendig sei und es nicht gelingen werde, alles in diesem Haushalt abzubilden. Man arbeite sich hier Stück für Stück voran und werde auch versuchen, Effizienzgewinne zu heben. Die moderaten Aufwüchse reichten noch nicht aus. Dennoch werde man anfangen und mehr Dinge als bisher schneller umsetzen. Es seien bereits erste Beschleunigungsprojekte für den Radverkehrsausbau mit den Bezirken auf den Weg gebracht worden.

**Hartmut Reupke** (SenUMVK) ergänzt, auch in der Vergangenheit sei schon eine Menge geleistet worden. Mit der Verabschiedung des Radverkehrsplans sei eine Erwartungshaltung entstanden, dass dieser zügig umgesetzt werde. Alle Standards und Vorhaben könnten nur mit den entsprechenden Mitteln und dem entsprechenden Personal umgesetzt werden. Es werde mit Hochdruck daran gearbeitet, mit neuen Verfahren und Priorisierungen dafür zu sorgen,

dass zumindest eine Vernetzung beim Radverkehr erreicht werde und Angebote schnell nutzbar seien. Es werde auch Punkte geben, die über einen längeren Zeitraum noch nicht den vorgesehenen Standard haben würden. Die Herausforderung für die nächsten zwei Jahre sei, auf den verschiedenen Ebenen mit den vorhandenen Möglichkeiten schnell voranzukommen und bei der Anmeldung für den nächsten Doppelhaushalt Aufstockungen zu erreichen.

**Vorsitzender Kristian Ronneburg** hält fest, dass der Berichtsauftrag damit an dieser Stelle erledigt sei.

### **Übergreifend**

#### **InfraVelo – Personal, Wirtschaftsverkehr, i2030, Schulwegsicherheit, 3. Finanzierungssäule, Digitale Parkraumbewirtschaftung, Ausbildungsplatzzahl, Fußverkehr, Dienstfahrzeuge**

Nrn. 2 bis 12

Berichte Nrn. 2 bis 10 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke sowie der Fraktionen der FDP und der CDU

Jeweils keine Wortmeldung.

### **Übergreifend – Dekarbonisierung Busverkehr**

Nrn. 13 und 14

Bericht Nr. 11 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke sowie der Fraktion der CDU

**Felix Reifschneider** (FDP) fragt, ob zutreffe, dass für die Busdekarbonisierung bis 2030 Mittel in Höhe von 570 Mio. bis 1,61 Mrd. Euro erforderlich seien, von denen der Senat noch nicht wisse, woher sie kommen sollten.

**Hartmut Reupke** (SenUMVK) antwortet, dass noch eine Reihe von Punkten der Ausgestaltung der Dekarbonisierung mit der BVG geklärt werden müssten. Dafür könnten weiterhin Bundesfördermittel hinzugezogen werden, was eine Entlastung bedeute. Über die Ausbaupfade werde noch diskutiert. Dabei gehe es um die Frage, inwieweit die Verbesserung der Batteriequalität und der Reichweite der Fahrzeuge zu einer besseren Ersatzquote führen werde, sodass man am Ende einen Dieselbus durch einen Elektrobus ersetzen könne. Derzeit würden drei Elektrobuse anstelle von zwei Dieselnissen benötigt, weil die Reichweite nicht so groß sei. Dies ändere sich aber von Ausschreibung zu Ausschreibung. Deshalb erfolge jährlich eine Fortschreibung und Betrachtung der Risiken und Haushaltsauswirkungen. SenUMVK habe benannt, was auf das Land insgesamt zukommen könnte. Dies werde nicht im aktuellen, sondern erst in künftigen Haushalten relevant.

**Vorsitzender Kristian Ronneburg** hält fest, dass der Berichtsauftrag damit erledigt sei.

## **Übergreifend**

### **Bürgerbeteiligung, infraSignal, Barrierefreiheit, Gutachten, Veröffentlichungen und Dokumentationen, Veranstaltungen, InfraVelo, Verkehrsinformationszentrale und Land Brandenburg, Finanzierung Busspuren**

Nrn. 15 bis 24

Berichte Nrn. 2 sowie 12 bis 19 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke sowie der Fraktion der FDP

Jeweils keine Wortmeldung.

### **Kapitel 0700 – Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz - Politisch-Administrativer Bereich und Service -**

**Titel 42260 – Bezüge der Beamtinnen/Beamten für Maßnahmen im Rahmen des Wissenstransfers**

**Titel 51135 – Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG Bln**

**Titel 52610 – Gutachten**

**Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**

Nrn. 25 bis 31

Berichte Nrn. 15, 16, 20 und 21 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke sowie der Fraktion der CDU und der AfD-Fraktion

Jeweils keine Wortmeldung.

### **Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**

#### Änderungsantrag Fraktion der FDP

Ansatz 2022	1 085 000	-595 000
Ansatz 2023	1 080 000	-559 000

Darin 4. Mobilitätskampagne

Ansatz 2020	595 000	-595 000
Ansatz 2021	559 000	-559 000

**Begründung:** Eine gesonderte Mobilitätskampagne ist nicht erforderlich, da das Thema ohnehin breit im gesellschaftlichen Diskurs verankert ist. Ferner gibt es Kampagne der BVG zur Nutzung des ÖPNV.

**Felix Reifschneider** (FDP) verweist auf die schriftliche Antragsbegründung.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der FDP ab.

Änderungsantrag Fraktion der CDU

Ansatz 2022	1 085 000	-700 000
Ansatz 2023	1 080 000	-700 000

Darin 4. Mobilitätskampagne

Ansatz 2020	595 000	-400 000
Ansatz 2021	559 000	-400 000

5. Kommunikationsmaßnahmen zum Radverkehrsplan (Neu)

Ansatz 2020	400 000	-300 000
Ansatz 2021	400 000	-300 000

**Begründung:** Beschränkung auf wesentliche Inhalte. Die Mobilitätswende profitiert mehr von Mitteln im Bereich Planung und Ausbau der Netze.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der CDU ohne Aussprache ab.

**Titel 54003 – Geschäftsprozessoptimierung**

**Titel 54010 – Dienstleistungen**

Nrn. 32 bis 34

Berichte Nrn. 21 und 22 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke sowie der Fraktion der CDU

Jeweils keine Wortmeldung.

**Kapitel 0705 – Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz – Grundsatz –**

**Übergreifend – Toiletten**

**Titel 11155 – Gebühren für die Sondernutzung öffentlicher Straßen**

**Titel 11961 – Erstattung von Steuerbeträgen**

**Titel 52601 – Gerichts- und ähnliche Kosten**

**Titel 52703 – Dienstreisen**

**Titel 54053 – Veranstaltungen**

Nrn. 35 bis 40

Berichte Nrn. 17, 23 bis 26 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke sowie der Fraktion der CDU

Jeweils keine Wortmeldung.

## **Kapitel 0730 – Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz - Verkehr -**

### **Übergreifend – Anbindung 16 Stadtquartiere**

Nr. 41

Bericht Nr. 27 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke

**Felix Reifschneider** (FDP) bemerkt, dass er sich über die Informationen gefreut habe, allerdings Zeitpläne vermisse, bis wann bestimmte Teilschritte abgeschlossen würden. Er frage konkret nach dem Zeitplan für den Blankenburger Süden.

**Bürgermeisterin Bettina Jarasch** (SenUMVK) erklärt, dass es sich um ein Großthema der Stadtentwicklung handele. Zur Anbindung der neuen Stadtquartiere werde es noch Debatten über die Priorisierung mit SenSBW geben müssen. Die Koalition habe sich vorgenommen, dass 20 000 Wohnungen pro Jahr neu gebaut werden sollten, was nur gelingen werde, wenn man gemeinsam priorisiere und die Planungen koordiniere. Kommissionen beschäftigten sich im Monatsrhythmus mit der Vorbereitung. SenUMVK könne dies nicht allein beschließen.

**Hartmut Reupke** (SenUMVK) unterstreicht, SenUMVK sei bei allen Planungen in einem Abhängigkeitsverhältnis mit den Planungen der entsprechenden Baumaßnahmen und stehe mit SenSBW in enger Abstimmung. Detailpläne müssten ggf. nachgeliefert werden. Sie seien z. T. auf der Internetseite der Senatsverwaltung verfügbar, insbesondere zum Verkehr im Nordosten gebe es viele detaillierte Aussagen zu den einzelnen Planungen und den jeweiligen Sachständen. Die Terminplanung müsse mit den jeweiligen Bauplanungen harmonisiert werden. Wenn noch nicht klar sei, wo die Bebauung stattfinden werde, könne man bspw. noch keine Straßenbahn planen.

**Felix Reifschneider** (FDP) greift auf, dass die Ausschreibung der Leistungsphasen 2 bis 7 für den ÖPNV aktuell vorbereitet werde. Bis wann werde diese abgeschlossen sein?

**Hartmut Reupke** (SenUMVK) antwortet, dass die Ausschreibung für die Straßenbahnplanungen in den Leistungsphasen 2 bis 7 aktuell bei der BVG laufe. Es sei geplant, die Planungsphasen nach der Sommerpause zu vergeben. Im weiteren Verlauf sei eine Reihe von Abstimmungen notwendig. Insofern sei noch nicht genau geklärt, wie die Umsetzung im Rahmen der Planungen weiter erfolgen könne.

**Vorsitzender Kristian Ronneburg** hält fest, dass der Berichtsauftrag damit erledigt sei.

## **Waisentunnel**

### **Titel 11105 – Gebühren nach der Verwaltungsgebührenordnung**

### **Titel 11921 – Rückzahlungen von Zuwendungen**

Nrn. 42 bis 44

Berichte Nrn. 28 und 29 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke sowie der Fraktion der FDP

Jeweils keine Wortmeldung.

### **Titel 11921 – Rückzahlungen von Zuwendungen**

#### Änderungsantrag Fraktion der FDP

Ansatz 2022	1 000	+500 000
Ansatz 2023	1 000	+500 000

**Begründung:** Die Ansätze von 1 000 Euro für 2022 und 2023 sind mit Blick auf die Rückzahlungen in den vergangenen Jahren zu niedrig.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der FDP ohne Aussprache ab.

### **Titel 11934 – Rückzahlungen überzahlter Beträge**

Nr. 45

Bericht Nr. 30 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktion der FDP

Keine Wortmeldung.

#### Änderungsantrag Fraktion der FDP

Ansatz 2022	1 000	+500 000
Ansatz 2023	1 000	+500 000

**Begründung:** Die Ansätze von 1 000 Euro für 2022 und 2023 sind mit Blick auf die Rückzahlungen in den vergangenen Jahren zu niedrig.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der FDP ohne Aussprache ab.

### **Titel 11961 – Erstattung von Steuerbeträgen**

Nr. 46

Bericht Nr. 31 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktion der FDP

Keine Wortmeldung.

Änderungsantrag Fraktion der FDP

Ansatz 2022	100 000	+500 000
Ansatz 2023	100 000	+500 000

**Begründung:** Die Ansätze von 1 000 Euro für 2022 und 2023 sind mit Blick auf die Erstattungen der vergangenen Jahren zu niedrig.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der FDP ohne Aussprache ab.

**Titel 16290 – Zinsen aus Zuschüssen für Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs**

Nrn. 47 und 48

Bericht Nr. 32 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke sowie der Fraktion der FDP

Keine Wortmeldung.

Änderungsantrag Fraktion der FDP

Ansatz 2022	1 000	+1 500 000
Ansatz 2023	1 000	+1 500 000

**Begründung:** Die Ansätze von 1 000 Euro sind für 2022 und 2023 mit Blick auf die Zinseinnahmen in den vergangenen Jahren zu niedrig.

**Felix Reifschneider** (FDP) verweist auf die schriftliche Antragsbegründung. Er verzichte auf mündliche Begründungen, soweit schriftliche Antragsbegründungen vorlägen.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der FDP ab.

**Titel 23101 – Ersatz von Ausgaben durch den Bund**

Nr. 49

Bericht Nr. 33 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktion der FDP

Keine Wortmeldung.

Änderungsantrag Fraktion der FDP

Ansatz 2022	1 000	+100 000
Ansatz 2023	1 000	+100 000

**Begründung:** Die Ansätze von 1 000 Euro sind für 2022 und 2023 mit Blick auf den Ersatz von Ausgaben in den vergangenen Jahren zu niedrig.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der FDP ohne Aussprache ab.

**Titel 23110 – Zuweisungen des Bundes nach dem Regionalisierungsgesetz**  
**Titel 23190 – Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für konsumtive Zwecke sowie weitere Einnahme- und dazugehörige Ausgabetitel**  
**Titel 27201 – Zuschüsse der EU für konsumtive Zwecke**  
**Titel 27290 – Zweckgebundene Einnahmen aus dem Ausland für konsumtive Zwecke**  
**Titel 33103 – Zuweisungen aus dem Mineralölsteueraufkommen**  
**Titel 33190 – Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für Investitionen**  
Nrn. 50 bis 56

Berichte Nrn. 34 bis 37 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke sowie der Fraktionen der CDU und der FDP

Jeweils keine Wortmeldung.

**Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**

Änderungsantrag Fraktion der CDU

Ansatz 2022	11 563 000	+5 500 000
Ansatz 2023	11 838 000	+5 500 000

**Begründung:** Übertragung der Personalkosten der infraVelo GmbH. (s. lfd. Nr. 12)

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der CDU ohne Aussprache ab.

**Titel 52108 – Maßnahmen zur Verbesserung des Radverkehrs**  
**Titel 52609 – Thematische Untersuchungen**  
**Titel 54010 – Dienstleistungen**  
**Titel 68353 – Maßnahmen zur Förderung eines öffentlichen Leihfahrradsystems**  
**Titel 68357 – Förderung des Wirtschaftsverkehrs**  
**Titel 72016 – Verbesserung der Infrastruktur für den Radverkehr**  
Nrn. 57 bis 61

Bericht Nr. 1 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke sowie der Fraktion der CDU, der AfD-Fraktion und der Fraktion der FDP

Keine Wortmeldung.

**Titel 52115 – Unterhaltungsmaßnahmen zur barrierefreien Gestaltung von Bushaltestellen**

Nrn. 62 und 63

Bericht Nr. 38 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke und der AfD-Fraktion

**Felix Reifschneider** (FDP) konstatiert, dass der barrierefreie Ausbau von Bushaltestellen extrem hinterherhinkt. In anderen Politikfeldern, in denen der Senat ein Hinterherhinken er-

kenne, würden gemeinsame Planungseinheiten von Land und Bezirken gegründet, um die Umsetzung zu beschleunigen. Sei dies hier ebenfalls geplant?

**Bürgermeisterin Bettina Jarasch** (SenUMVK) antwortet, an dieser Stelle sei noch keine gemeinsame Planungseinheit vorgesehen, es sei aber überlegenswert, was man hier tun könne, um die für die Umsetzung zuständigen Bezirke zu unterstützen.

**Vorsitzender Kristian Ronneburg** hält fest, dass der Berichtsauftrag damit erledigt sei.

### **Titel 52121 – Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit**

Nrn. 64 und 67

Bericht Nr. 39 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke sowie der Fraktion der CDU, der AfD-Fraktion und der Fraktion der FDP

Keine Wortmeldung.

#### Änderungsantrag Fraktion der FDP

Ansatz 2022	3 000 000	+/-0
Ansatz 2023	3 900 000	+300 000

**Begründung:** Die Mittel für die Verkehrssicherheit sind für 2023 zu gering. Eine Aufstockung ist erforderlich, um die Umsetzung von Maßnahmen zur Steigerung der Verkehrssicherheit zu beschleunigen.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der FDP ohne Aussprache ab.

### **Titel 52122 – Maßnahmen zur Verbesserung des Fußverkehrs**

Nrn. 68 bis 70

Bericht Nr. 9 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke sowie der AfD-Fraktion und der Fraktion der FDP

Keine Wortmeldung.

#### Änderungsantrag Fraktion der FDP

Ansatz 2022	3 900 000	+200 000
Ansatz 2023	3 900 000	+500 000

**Begründung:** Das Budget ist mit Blick auf den Anspruch des Fußverkehrsgesetzes zu gering und sollte angehoben werden.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der FDP ohne Aussprache ab.

**Titel 52135 – Straßenregenentwässerung**  
**Titel 52609 – Thematische Untersuchungen**  
**Titel 52703 – Dienstreisen**  
**Titel 53111 – Ausschreibungen, Bekanntmachungen**  
**Titel 53121 – Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Planungen**  
**Titel 54010 – Dienstleistungen**  
Nrn. 71 bis 84

Berichte Nrn. 12, 26, 40 bis 43 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke sowie der Fraktion der CDU, der AfD-Fraktion und der Fraktion der FDP

Jeweils keine Wortmeldung.

**Titel 54010 – Dienstleistungen**

Änderungsantrag Fraktion der FDP

Ansatz 2022	2 730 000	+260 000
Ansatz 2023	2 885 000	+1 075 000

**Punkt 14**

Vorbereitung der Vergabe für ein neues öffentliches Fahrradverleihsystem Berlin

Ansatz 2022	90.000	<b>-90.000</b>
Ansatz 2023	125.000	<b>-125.000</b>

**Punkt 21**

Unterstützung bei der Begleitung des Masterplans Verkehrstelematik

Ansatz 2022	50.000	<b>+100.000</b>
Ansatz 2023	50.000	<b>+200.000</b>

**Punkt 25**

Erstellung eines Gesamtkonzepts Mobilitätssicherung für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen einschl. Konzeptbeteiligung

Ansatz 2022	0	<b>+100.000</b>
Ansatz 2023	0	<b>+200.000</b>

**Neuer Punkt 36:**

Studie Urbane Seilbahn als Teil des ÖPNV

<b>Ansatz 2022</b>	–	<b>+50.000</b>
<b>Ansatz 2023</b>	–	<b>+150.000</b>

**Neuer Punkt 37:**

Studie zur Entwicklung von Parkhäusern und Tiefgaragen

<b>Ansatz 2022</b>	–	<b>+50.000</b>
<b>Ansatz 2023</b>	–	<b>+150.000</b>

**Neuer Punkt 38:**

Konzept zur Umsetzung von einer digital- und Sensoren gestützten Ampelsteuerung unter Echtzeitdatennutzung

**Ansatz 2022 – +50.000**

**Ansatz 2023 – +500.000**

**a) Begründung:** Der Aufbau ein Fahrradleihsystems erscheint nicht sinnvoll. Wichtiger als ein aus Landesmitteln finanziertes Angebot sind bessere Rahmenbedingungen für private Verleihangebote. Hingegen sind der Ausbau der Verkehrstelematik sowie die Erstellung eines Konzepts für Menschen mit Mobilitätseinschränkung wichtig. Auch sind weitere Studien zur Ertüchtigung neuer Seilbahnstrecken, zur Anwendung smarter Ampelschaltungen sowie zur Entwicklung von Parkhäusern sinnvoll.

**b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)\***

**Zum ergänzten Punkt 36:** Seilbahnen sind eine erprobte Ergänzung im ÖPNV. Mit einer neuen Studie sollen weitere Seilbahnstrecken geprüft werden.

**Zu Punkt: 37:** Um den Parksuchverkehr und den öffentlichen Flächenverbrauch durch den ruhenden Verkehr zu reduzieren, können Kiezaragen und Parkhäuser einen wichtigen Beitrag leisten. Im Rahmen einer Studie sollen neue Standorte in den Berliner Bezirken ermittelt werden.

**Zu Punkt 38:** Intelligente Lichtsignalanlagen optimieren den Verkehrsfluss. Hierzu ist im Rahmen eines Projekts die technologische Realisierbarkeit zu prüfen.

**Felix Reifschneider (FDP)** führt aus, Berlin sei bei der Verkehrsinfrastruktur noch nicht gut genug aufgestellt; es gebe großen Bedarf an Veränderungen im Verkehrssystem, auch beim ruhenden Verkehr. Die Koalition wolle das Parken im öffentlichen Straßenland verteuern. Seine Fraktion plädiere für alternative Parkmöglichkeiten. Der Senat solle eine Studie erstellen, wo in Berlin noch Parkhäuser, Tiefgaragen oder Kiezaragen errichtet werden könnten. Ein Politikansatz, den ruhenden Verkehr zu verteuern, ohne Alternativen anzubieten, sei nicht sinnvoll. Es sei wichtig, die Potenziale von Innovationen zu nutzen und bspw. bei der sensor-gestützten Steuerung von LSA das Potenzial in Berlin zu erfassen, denn die verkehrliche Belastung bestimmter Straßen sei zu verschiedenen Zeiten unterschiedlich; man sollte mit sensor-gestützten Anlagen auf das jeweilige Verkehrsaufkommen abstellen, um einen zügigen Verkehrsfluss zu erreichen und ein gefahrfreies Queren von Kreuzungen zu ermöglichen.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der FDP ab.

Änderungsantrag AfD-Fraktion

Ansatz 2022	2 730 000	-915 000
Ansatz 2023	2 885 000	-1 115 000
VE 2022	2 885 000	-1 115 000
VE 2023	2 000 000	-230 000

**a) Begründung:** Einige überdotierte Positionen wurden reduziert, 24. wurde gestrichen, da das die Verwaltung selbst erledigen kann. Kürzung 9. Haushaltsbefragung, diese kann mit deutlich weniger Mitteln bewerkstelligt werden.

**b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)\***

	2022	und	2023
2.	100.000	und	100.000
3.	10.000	und	10.000
9.	100.000	und	100.000
15.	150.000	und	150.000
16.	200.000	und	200.000
17.	100.000	und	100.000
24.	– entfällt –		

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag AfD-Fraktion (Tischvorlage)

Ansatz 2022	2 730 000	+150 000
Ansatz 2023	2 885 000	+150 000
VE 2022	2 885 000	
VE 2023	2 000 000	

**a) Begründung:** eine Aufklärungskampagne zum durch den Bund nunmehr geplanten und vollfinanzierten 17. Bauabschnitt der A100 von Treptower Park bis Storkower Straße. Berlin informiert seine Bürger über die Vorteile des Weiterbaus der A100 für die Entlastung der Innenstadt von Durchgangsverkehr, über die positive Wirkung des unterirdischen Verlaufs für das Zurückgewinnen von Stadtraum, für weniger Lärm und Abgase, über die Vollfinanzierung der Baukosten durch den Bund.

**b) Titelerläuterung/verbindliche Erläuterung**

35. (neu):

Aufklärungskampagne „Weiterbau A100“ 16. und 17. Bauabschnitt.  
2022 und 2023  
jeweils 150 000 und 150 000

**Harald Laatsch** (AfD) schildert, es gehe darum, den Berlinern deutlich zu machen, weshalb der weitere Ausbau der A100 sinnvoll sei, und der Volksinitiative „Berlin autofrei“ zu begegnen. Man könne das Zentrum nicht autofrei machen, ohne eine Umgehung zu errichten. Mit dem Ausbau der A100 könne der Verkehr im Zentrum erheblich vermindert werden. Seine Fraktion plädiere für den Weiterbau.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ab.

**Titel 54045 – Leistungen des innerstädtischen ÖPNV**  
Nrn. 85 bis 87

Bericht Nr. 44 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke sowie der AfD-Fraktion und der Fraktion der FDP

Keine Wortmeldung.

Änderungsantrag AfD-Fraktion

Ansatz 2022	989 737 000	+12 000 000
Ansatz 2023	745 704 000	+12 000 000

**Begründung:** Anpassung des Verkehrsvertrages mit der BVG erforderlich: Mehr Sicherheit und Kundenfreundlichkeit durch zusätzliches Aufsichtspersonal vor Ort an hochfrequentierten U-Bahnhöfen und Umsteigebahnhöfen. So wird Sicherheit und Sauberkeit und damit Kundenfreundlichkeit an den Bahnhöfen verbessert. So fahren mittelfristig mehr Berliner mit der BVG, deren Image und auch Einnahmesituation sich verbessert.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

**Titel 54053 – Veranstaltungen**  
Nrn. 88 und 89

Bericht Nr. 17 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke sowie der Fraktion der CDU

Keine Wortmeldung.

Änderungsantrag Fraktion der FDP

Ansatz 2022	150 000	-20 000
Ansatz 2023	130 000	-20 000

**Teilansatz Nr. 1**  
**Sitzungen des Begleitgremiums „FahrRat“**

Ansatz 2022	35.000	-20.000
Ansatz 2023	35.000	-20.000

**Teilansatz Nr. 5**  
**Workshop zu den Themen des Radverkehrs**

Ansatz 2022	10.000	-10.000
Ansatz 2023	10.000	-10.000

**Teilansatz 6.**  
**Veranstaltungen integriertes Wirtschaftsverkehrskonzept**

Ansatz 2022	9.000	+10.000
Ansatz 2023	9.000	+10.000

**Begründung:** Das Budget für den „FahrRat“ erscheint gegenüber anderen Themen zu hoch, während beim Thema Wirtschaftsverkehr noch erheblicher Nachholbedarf besteht, da dessen Einbindung ins Mobilitätsgesetz weiterhin ungeklärt ist.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der FDP ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Fraktion der CDU

Ansatz 2022	150 000	-25 000
Ansatz 2023	130 000	-25 000

**Teilansatz Nr. 1**  
**Sitzungen des Begleitgremiums „FahrRat“**

Ansatz 2022	35 000	-25 000
Ansatz 2023	35 000	-25 000

**Begründung:** Es sollten ggf. verstärkt digitale Möglichkeiten genutzt werden, um Kosten einzusparen.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der CDU ohne Aussprache ab.

**Titel 54056 – Leistungen für die Verkehrsinformationszentrale Berlin**  
**Titel 54059 – Leistungen zur Errichtung und den Betrieb von Infrastruktur für die Elektromobilität**

Nrn. 90 bis 95

Berichte Nrn. 45 und 46 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke sowie der Fraktion der CDU, der AfD-Fraktion und der Fraktion der FDP

Jeweils keine Wortmeldung.

**Titel 54059 – Leistungen zur Errichtung und den Betrieb von Infrastruktur für die Elektromobilität**

Änderungsantrag AfD-Fraktion

Ansatz 2022	2 200 000	-1 000 000
Ansatz 2023	2 200 000	-1 000 000
VE 2022	52 068 000	-50 000 000
VE 2023	51 992 000	-50 000 000

**Begründung:** Die Einrichtung von Ladepunkten, Laternenladepunkten und Forschungsprojekten benötigt nicht dermaßen exorbitante Millionenbeträge. Weitgehend werden solche Ladepunkte von der freien Wirtschaft bedarfsorientiert errichtet. Punktuelle Förderung durch das Land mit Bundeshilfe soll möglich bleiben, deshalb lediglich starke Kürzung der Ansätze.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

**Titel 54071 – Leistungen zur vermessungstechnischen Erfassung des Berliner Straßennetzes**

**Titel 54072 – Leistungen zur Zustandsermittlung von Verkehrsflächen**

Nrn. 96 bis 99

Berichte Nrn. 47 und 48 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke sowie der Fraktionen der CDU und der FDP

Jeweils keine Wortmeldung.

**Titel 54072 – Leistungen zur Zustandsermittlung von Verkehrsflächen**

Änderungsantrag Fraktion der FDP

Ansatz 2022	530 000	+200 000
Ansatz 2023	530 000	+500 000

**Begründung:** Mit der Erhöhung der Mittel soll der Zustand aller Fußgängerwege in den Bezirken erfasst und analysiert werden (Vgl. Drucksache 19/0314).

**Felix Reifschneider** (FDP) führt aus, es sei vorgesehen, die Flächen für den Fußverkehr planmäßig 2025/26 zu erfassen, sodass 2027 ein Bericht dazu vorliegen werde, der möglicherweise in den Doppelhaushalt 2028/29 einfließen werde. Dies sei zu spät, um den Ansprüchen des Fußverkehrsgesetzes im Rahmen des Mobilitätsgesetzes gerecht zu werden. Daher fordere seine Fraktion, mehr Mittel bereitzustellen, um bereits in diesem Jahr mit einer Zustandserhebung starten zu können.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der FDP ab.

**Titel 54080 – Leistungen des Regionalbahnverkehrs**

**Titel 54081 – Leistungen des S-Bahnverkehrs**

**Titel 54220 – Vorbereitungskosten für den schienengebundenen Nahverkehr**

Nrn. 100 bis 108

Berichte Nrn. 4, 49 bis 51 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke sowie der Fraktion der CDU, der AfD-Fraktion und der Fraktion der FDP

Jeweils keine Wortmeldung.

**Titel 54220 – Vorbereitungskosten für den schienengebundenen Nahverkehr**

Änderungsantrag Fraktion der FDP

Ansatz 2022	4 200 000	+123 410
Ansatz 2023	5 850 000	+1 000 000

**Teilansatz Nr. 2**  
**Maßnahmen im U-Bahnnetz**

Ansatz 2022	1 100 000	+400 000
Ansatz 2023	2 000 000	+1 000 000

**a) Begründung:** Eine Straßenbahnneubaustrecke in Richtung UTR lehnen wir ab. Insofern ist eine OB nicht erforderlich. Dagegen ist die Erweiterung des Berliner U-Bahnnetzes sinnvoll. Hierzu sind neue Machbarkeitsstudien zu beauftragen, die mit den eingestellten Mitteln nicht umgesetzt werden können.

**b) Titelerläuterung/verbindliche Erläuterung**

5 Öffentlichkeitsbeteiligungen für die Straßenbahnneubaustrecken, z. B. zur UTR

Ansatz 2022	276 590	-276 590
-------------	---------	----------

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der FDP ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag AfD-Fraktion

Ansatz 2022	4 200 000	+800 000
Ansatz 2023	5 850 000	+800 000

**a) Begründung:** Aufstockung der Position 3 für i2030 um je 800.000 Euro, um dieses für Berlin und die Anbindung an Brandenburg wichtige Projekt zügig voranzubringen.

**b) Titelerläuterung/verbindliche Erläuterung**

Position 3 jeweils für 2022 und 2023  
+800 000

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Fraktion der CDU

Ansatz 2022	4 200 000	+5 600 000
Ansatz 2023	5 850 000	+5 100 000

**Teilansatz Nr. 2**  
**Maßnahmen im U-Bahnnetz**

Ansatz 2022	1.100.000	+2.700.000
Ansatz 2023	2.000.000	+2.000.000

**Teilansatz Neu**

**„Konzept Innere und äußere Stadt verbinden“**

Ansatz 2022	–	+1.000.000
Ansatz 2023	–	+1.000.000

**Teilansatz Neu**  
**„Konzept Leistungsstarker Stadtverkehr im Miteinander aller Verkehrsarten:**  
**Berlin fit für Wachstum und Zukunft“**

Ansatz 2022	–	+600.000
Ansatz 2023	–	+600.000

**Teilansatz Neu**  
**„Konzept Fernstraßen**  
**(z. B. A100, TVO)“**

Ansatz 2022	–	+800.000
Ansatz 2023	–	+1.000.000

**Teilansatz Neu**  
**„Konzept leistungsstarker Luftverkehr“**

Ansatz 2022	–	+300.000
Ansatz 2023	–	+300.000

**Teilansatz Neu**  
**„Konzept P+R-Verkehr“**

Ansatz 2022	–	+200.000
Ansatz 2023	–	+200.000

**a) Begründung:**

**Teilansatz Nr. 2**

Der Ausbau der U-Bahn wurde in der vergangenen Wahlperiode schmerzlich vernachlässigt. Dies muss sich nun ändern. Die U-Bahn ist das leistungsfähigste und pünktlichste Verkehrsmittel in Berlin, der zügige Ausbau des Netzes ist unverzichtbar für die wachsende Metropole.

Aus diesem Grund ist ein deutlicher Mittelaufwuchs für die Untersuchung weiterer Linien über die im Koalitionsvertrag genannten hinaus erforderlich (z.B.):

- die Verlängerung der U1 bis zum Westkreuz;
- die Verlängerung der U2 bis zum Falkenhagener Feld;
- die Verlängerung der U2 über Pankow Kirche, Niederschönhausen und Französisch Buchholz nach Buch;
- die Verlängerung der U3 zum Ostkreuz;
- die Verlängerung der U5 vom Hauptbahnhof zur Turmstraße;
- die Verlängerung der U6 nach Lichtenrade;
- die Verlängerung der U9 nach Lankwitz und darüber hinaus;
- die Realisierung der U10 über Weißensee, Malchow und Karow bis nach Buch mit der Option einer Verlängerung ins Umland)

### **Teilansatz Neu**

#### **„Konzept Innere und äußere Stadt verbinden“**

Die Außenbezirke wurden in der vergangenen Wahlperiode durch die auf die Innenstadt fixierte Verkehrspolitik oftmals vernachlässigt. Zwei Drittel der Berlinerinnen und Berliner leben in den Außenbezirken, an vielen Stellen ohne ausreichende Anbindung an den ÖPNV. Statt die äußeren Stadtteile weiter abzuhängen müssen auch die Menschen dort die Möglichkeit haben, schnell und komfortabel in die Innenstadt zu gelangen und umgekehrt

### **Teilansatz Neu**

#### **„Konzept Leistungsstarker Stadtverkehr im Miteinander aller Verkehrsarten: Berlin fit für Wachstum und Zukunft“**

Berlins Verkehr ist geprägt von einer Stimmung des Gegeneinanders. Die Verkehrspolitik der vergangenen fünf Jahre hat diese Stimmung durch die einseitige Ausrichtung auf den Radverkehr verschärft. Rücksichtslosigkeit und dadurch entstehende Gefährdungen sind die Folge. Ein Stadtumbau im großen Stil, um Autos aus Berlin zu verdrängen, wird daran nichts ändern. Es ist stattdessen dringend notwendig, Lösungen zu finden, die ein Miteinander im Verkehr fördern und dadurch Gefahren minimieren.

### **Teilansatz Neu**

#### **„Konzept Fernstraßen (z. B. A100, TVO)“**

Der Weiterbau der A100 ist alternativlos. Zu glauben, dass ein Baustopp oder gar ein Rückbau für weniger Verkehr sorgen würden, ist naiv. Durch die Verlängerung wird gerade der Osten der Berliner Innenstadt vom Durchgangsverkehr entlastet. Somit dürfte sich auch die Luftqualität in vielen Stadtstraßen verbessern. Es ist zugleich eine gute Lösung für das Nadelöhr an der Eisenbrücke. Das Fernstraßennetz in und um Berlin leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Anbindung der Metropole an das Umland und für den Verkehr innerhalb der Stadt.

### **Teilansatz Neu**

#### **„Konzept leistungsstarker Luftverkehr“**

Die Situation am BER ist desaströs. Finanziell steht die Flughafengesellschaft am Abgrund und auch der Flugverkehr selbst leidet noch immer unter den Folgen der Corona-Pandemie. Der Hauptstadtflughafen sollte mit mehr Langstreckenflügen ein Drehkreuz für den internationalen Flugverkehr sein.

### **Teilansatz Neu**

#### **„Konzept P+R-Verkehr“**

Zahllose Pendlerinnen und Pendler sind täglich darauf angewiesen, mit dem eigenen PKW ihren Arbeitsweg nach Berlin zurückzulegen. Durch P+R-Kapazitäten insbesondere an wichtigen Knoten des ÖPNV im Stadtrandbereich kann der PKW-Verkehr im Stadtgebiet deutlich reduziert werden. Beispielsweise durch eine Stellplatzgarantie in Verbindung mit dem Erwerb eines ÖPNV-Jahrestickets könnte die Attraktivität zur Nutzung der P+R-Plätze weiter steigen.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der CDU ohne Aussprache ab.

**Titel 54223 – Vorbereitungskosten für den Straßenbau**  
**Titel 54604 – Sächliche Ausgaben für zukunftsorientierte Entwicklungsmaßnahmen**  
**Titel 54690 – Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen**  
**Titel 63201 – Ersatz von Verwaltungsausgaben an Länder**  
**Titel 68213 – Zuschuss an die BVG für sonstige betriebsfremde Lasten**  
**Titel 68235 – Zuschuss an die Deutsche Bahn AG aus Finanzierungsvereinbarungen für Neubauvorhaben**  
**Titel 68253 – Zuschüsse an die BVG für die Planung von Neubauvorhaben**  
Nrn. 109 bis 123

Berichte Nrn. 4, 52 bis 56 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke sowie der Fraktion der CDU, der AfD-Fraktion und der Fraktion der FDP

Jeweils keine Wortmeldung.

**Titel 68253 – Zuschüsse an die BVG für die Planung von Neubauvorhaben**

Änderungsantrag Fraktion der FDP

Ansatz 2022	2 005 000	-1 750 000
Ansatz 2023	3 205 000	-3 130 000

**a) Begründung:** Die genannten Straßenbahnstrecken lehnen wir ab. Daher ist eine Planung hierzu nicht erforderlich.

**b) Titelerläuterung/verbindliche Erläuterung**

Planungsleistungen für die Straßenbahnstrecken Alexanderplatz–Kulturforum

Ansatz 2022	1 330 000 (Lph 2); 420 000 (Lph)	-1 750 000
Ansatz 2023	1 250 000	-1 250 000

Jungfernheide–UTR

Ansatz 2022	–	–
Ansatz 2023	900 000 (Lph 2)	-900 000

Gartenfeld–Rathaus Spandau

Ansatz 2022	–	–
Ansatz 2023	980 000 (Lph 2)	-980 000

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der FDP ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag AfD-Fraktion

Ansatz 2022	2 005 000	+500 000
Ansatz 2023	3 205 000	+800 000

**Begründung:** Die Voruntersuchungen und Vorplanung der Verlängerung der U 5 ab Hauptbahnhof bis zur Turmstraße als U-Bahnnetzergänzung muss zügig angegangen werden, ebenso die Verlängerung der U 7 zum BER. Daher sind entsprechende Vorabsprachen mit der BVG sowie eine moderate Erhöhung des Ansatzes erforderlich.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

**Titel 68353 – Maßnahmen zur Förderung eines öffentlichen Leihfahrradsystems**

**Titel 68357 – Förderung des Wirtschaftsverkehrs**

Nrn. 124 bis 130

Berichte Nrn. 3 und 57 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke sowie der Fraktion der CDU, der AfD-Fraktion und der Fraktion der FDP

Jeweils keine Wortmeldung.

**Titel 68357 – Förderung des Wirtschaftsverkehrs**

Änderungsantrag Fraktion der FDP

Ansatz 2022	–	–
Ansatz 2023	1 500 000	-1 500 000

**Begründung:** Eine Lastenradförderung ist angesichts der Marktentwicklung nicht weiter sinnvoll.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der FDP ohne Aussprache ab.

**Titel 68365 – Zuschuss zur Deckung des Betriebsverlustes des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg GmbH**

**Titel 72005 – Umbau und Kapazitätserweiterung des Zentralen Omnibusbahnhofs (ZOB)**

**Titel 72016 – Verbesserung der Infrastruktur für den Radverkehr**

Nrn. 131 bis 138

Berichte Nrn. 1 und 58 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke sowie der Fraktion der CDU, der AfD-Fraktion und der Fraktion der FDP

Jeweils keine Wortmeldung.

**Titel 72016 – Verbesserung der Infrastruktur für den Radverkehr**

Änderungsantrag AfD-Fraktion

Ansatz 2022	5 000 000	+1 200 000
Ansatz 2023	6 000 000	+200 000

**Begründung:** Die Verbesserung der Infrastruktur für den Radverkehr kommt nur schleppend voran, ein gut durchdachtes Parallelnetz zum konfliktarmen und flüssigen Radverkehr in der Stadt ohne halbgewalkte teure Pop-up-Interimslösungen benötigt auch eine solide Finanzierung. Deshalb Aufstockung auf jeweils 6 Mio. p. a.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

**Titel 72018 – Verbesserung der Umsteigebeziehungen im ÖPNV**  
Nrn. 139 und 140

Bericht Nr. 59 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke sowie der Fraktion der FDP

**Felix Reifschneider** (FDP) spricht an, dass hier nur eine Maßnahme – die Umsteigebeziehung zwischen dem S-Bahnhof Charlottenburg und dem U-Bahnhof Wilmersdorfer Straße – hinterlegt sei. Warum gebe es einen Titel für eine einzelne Umsteigebeziehung? Erschienen dem Senat keine anderen Umsteigebeziehungen würdig, verbessert zu werden, oder würden diese aus einem anderen Titel finanziert, und wenn ja, aus welchem?

**Hartmut Reupke** (SenUMVK) führt aus, es gebe einen eigenen Titel, weil über die Jahre immer wieder Maßnahmen zum Umbau von Haltestellen und Umsteigebeziehungen abgedeckt werden müssten. Dahinter stünden oft längere Planungsprozesse. Es bedürfe der Mitarbeit des Bezirks. Zurzeit sei nur die Planung für den Bahnhof Charlottenburg vorgesehen.

**Felix Reifschneider** (FDP) stellt die Nachfrage, welche weiteren Umsteigebeziehungen SenUMVK verbessern wolle und welche Planungen es diesbezüglich gebe.

**Hartmut Reupke** (SenUMVK) antwortet, im Rahmen des laufenden Doppelhaushalts seien keine weiteren Planungen vorgesehen.

**Vorsitzender Kristian Ronneburg** hält fest, dass der Berichtsauftrag damit erledigt sei.

**Titel 72019 – Barrierefreier Ausbau von Bushaltestellen**  
Nrn. 141 bis 143

Bericht Nr. 60 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke sowie der Fraktionen der CDU und der FDP

Keine Wortmeldung.

Änderungsantrag Fraktion der FDP

Ansatz 2022	5 000 000	-4 000 000
Ansatz 2023	5 000 000	-3 000 000

**Begründung:** Die eingestellten Summen für 2022 und 2023 erklären sich nicht, zumal der Mittelabfluss für 2021 sehr gering ausfiel.

**Oliver Friederici** (CDU) teilt mit, dass seine Fraktion den Antrag ablehnen werde, weil davon auszugehen sei, dass der Senat diese Mittel benötigen werde, um den barrierefreien Ausbau zu gewährleisten. Die Baumaßnahmen dürften nicht angehalten werden.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der FDP ab.

**Titel 72020 – Verbesserung der Infrastruktur für den Fußverkehr**  
Nrn. 144 bis 147

Bericht Nr. 9 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke sowie der Fraktion der CDU, der AfD-Fraktion und der Fraktion der FDP

Keine Wortmeldung.

Änderungsantrag Fraktion der FDP

Ansatz 2022	2 000 000	+500 000
Ansatz 2023	2 000 000	+2 000 000

**Begründung:** Die eingestellten Mittel für den Fußverkehr sind zu niedrig, für die Umsetzung von zusätzlichen Projekten zugunsten des Fußverkehrs.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der FDP ohne Aussprache ab.

**Titel 81213 – Technische Ausstattung für die Verkehrsinformationszentrale**  
Nr. 148

Bericht Nr. 18 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktion der FDP

Keine Wortmeldung.

**Titel 81214 – Umsetzung eines Konzeptes zur Verkehrsorganisation des Reisebusverkehrs**  
Nrn. 149 und 150

Bericht Nr. 61 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke sowie der Fraktion der CDU

**Felix Reifschneider** (FDP) greift auf, dass es noch kein abgestimmtes Konzept zum Reisebusverkehr gebe. Habe der Senat einen Plan, bis wann er ein abgestimmtes Konzept vorlegen wolle?

**Hartmut Reupke** (SenUMVK) legt dar, dass ein Reisebuskonzept mit Eröffnung des Humboldtforums habe umgesetzt werden sollen, allerdings sei dieses auf Widerstand seitens des Denkmalschutzes und der Bezirke gestoßen, sodass man sich mit den Beteiligten neu sortieren und eine Lösung überlegen müsse. Im Moment laufe verwaltungsintern eine Reihe von Gesprächen, es gebe aber noch keine Perspektive für die Erarbeitung eines Konzeptes.

**Felix Reifschneider** (FDP) fragt nach, ob die Senatorin im Rahmen eines zielorientierten Managements eine Vorgabe für ihre Verwaltung gesetzt habe, bis wann ein abgestimmtes Konzept vorliegen solle, oder abwarte, bis irgendwann ein Ergebnis auf sie zukomme.

**Bürgermeisterin Bettina Jarasch** (SenUMVK) antwortet, zielorientiertes Arbeiten und die Priorisierung von Prozessen erfolgten bei vielen Themen. In vielen Bereichen werde aber auch aus sich heraus gut gearbeitet, sodass sie nicht bei allen Vorhaben kurzfristige Vorgaben setzen müsse, die auch nicht immer einhaltbar seien. SenUMVK habe sich in den ersten fünf Monaten viele Prozesse angeschaut und Dinge neu priorisiert, es könne aber nicht alles gleichzeitig umgesetzt werden.

**Vorsitzender Kristian Ronneburg** hält fest, dass der Berichtsauftrag damit erledigt sei.

**Titel 81217 – Aufbau und Betrieb eines berlinweiten Veranstaltungskalender**

**Titel 81218 – Aufbau und Betrieb eines digitalen Testfelds für automatisiertes und vernetztes Fahren**

**Titel 81219 – Aufbau und Betrieb einer barrierefreien Leit- und Informations-App**

**Titel 81221 – Verkehrliche Maßnahmen zur lufthygienischen Verbesserung**

**Titel 81279 – Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen**

**Titel 88101 – Anteil Berlins an der Vorbereitung und Durchführung von Verkehrswegebaumaßnahmen des Bundes**

**Titel 89101 – Zuschüsse an die Berliner Wasserbetriebe für die Straßenregenentwässerung**

**Titel 89102 – Zuschüsse für Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs**

**Titel 89111 – Zuschüsse an öffentliche Unternehmen für Investitionen**

**Titel 89113 – Zuschuss für die Beschaffung von Elektrobussen zur Stärkung der schadstoffarmen und klimaschützenden Mobilität**

**Titel 89114 – Zuschüsse an die BVG für Ersatzinvestitionen des ÖPNV (Verkehrsvertrag)**

**Titel 89118 – Zuschüsse an die BVG für die Beschaffung von Schienenfahrzeugen**  
Nrn. 151 bis 167

Berichte Nrn. 14, 62 bis 68 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke sowie der Fraktion der CDU, der AfD-Fraktion und der Fraktion der FDP

Jeweils keine Wortmeldung.

**Titel 89102 – Zuschüsse für Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs**

Änderungsantrag AfD-Fraktion

Ansatz 2022	179 345 000	+2 000 000
Ansatz 2023	161 349 000	+1 000 000

**a) Begründung:** Leichte Erhöhung der Mittel und Umschichtung mit neuer Schwerpunktsetzung:

**b) Titelerläuterung/verbindliche Erläuterung**

1. S-Bahn, i2030 2022 +4,389 Mio, 2023 +5,4 Mio.
2. U-Bahn, Infrastrukturverbesserung zur Leistungserhöhung jeweils 2022 und 2023 +1 Mio.  
Grundinstandsetzung Ostnetz: 2022 +5 Mio., 2023 +2 Mio.  
Grundinstandsetzung Westnetz: 2022 +2 Mio., 2023 +1 Mio.
3. Straßenbahn:  
Grundinstandsetzung allg.: 2022 -1,097 Mio., 2023 -1 Mio.  
Tram 20/21 Wühlichschplatz–Ostkreuz:  
Ansatz entfällt  
Tram Hbf–Turmstraße  
Ansatz entfällt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

**Titel 89110 – Vorbereitung und Durchführung von Brückenbaumaßnahmen der Deutschen Bahn AG und der Wasserstraßenverwaltung**

**Titel 89112 – Anteil Berlins am zweigleisigen Ausbau der Stettiner Bahn zwischen Angermünde und Stettin**

**Titel 89113 – Zuschuss für die Beschaffung von Elektrobussen zur Stärkung der schadstoffarmen und klimaschützenden Mobilität**

Nrn. 168 bis 173

Berichte Nrn. 69 bis 71 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke sowie der Fraktion der CDU

Jeweils keine Wortmeldung.

**Titel 89113 – Zuschuss für die Beschaffung von Elektrobussen zur Stärkung der schadstoffarmen und klimaschützenden Mobilität**

Änderungsantrag AfD-Fraktion

Ansatz 2022	–	–
Ansatz 2023	2 200 000	-2 200 000

**Begründung:** BVG benötigt keine weiteren neuen, teuren und nicht nachhaltigen Elektro-Batteriebusse. Stattdessen ist auf modernste Euro-Norm-6-Dieselseltechnologie mit nahezu schadstofffreiem Betrieb oder Erdgas- bzw. Biogasbusse zu setzen, betrieben im Sinne der Kreislaufwirtschaft mit Biogas oder alternativem Biodiesel, z. B. gewonnen aus Bioabfällen im BSR-Werk Ruhleben oder in Brandenburg.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

**Titel 89114 – Zuschüsse an die BVG für Ersatzinvestitionen des ÖPNV  
(Verkehrsvertrag)**

Nrn. 174 und 175

Bericht Nr. 72 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke sowie der Fraktion der CDU

Keine Wortmeldung.

Änderungsantrag AfD-Fraktion

Ansatz 2022	50 150 000	+/-
Ansatz 2023	60 850 000	+/-

**a) Begründung:** BVG benötigt keine weiteren neuen, teuren und nicht nachhaltigen Elektro-Batteriebusse. Stattdessen ist auf modernste Euro-Norm-6-Dieselseltechnologie mit nahezu schadstofffreiem Betrieb oder Erdgas- bzw. Biogasbusse zu setzen.

**b) Titelerläuterung/verbindliche Erläuterung**

Finanzierung der Ersatzinvestitionen der BVG unter der Maßgabe, dass statt E-Bussen moderne Diesel- bzw. Erdgas-/biogastfähige Busse angeschafft werden.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

**Titel 89118 – Zuschüsse an die BVG für die Beschaffung von Schienenfahrzeugen**

**Titel 91903 – Zuführung an die Rücklage nach § 62 LHO**

**Zuwendungsbescheide zum ÖPNV-Förderprogramm**

Nrn. 176 bis 179

Bericht Nr. 73 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke sowie der Fraktion der CDU

Keine Wortmeldung.

**Kapitel 0740 – Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und  
Klimaschutz - Tiefbau -**

**Neu – Feuerwehrfonds schnelle Brückenplanung**

Änderungsantrag Fraktion der CDU

Ansatz 2022	–	+525 000
Ansatz 2023	–	+2 025 000

**a) Begründung:** Zahlreiche Brücken in Berlin sind marode und dringend sanierungsbedürftig. Durch die Einrichtung eines „Feuerwehrfonds“ sollen schnell und unkompliziert Planungsmittel für kurzfristig notwendige Sanierungsarbeiten zur Verfügung gestellt werden.

**b) Titelerläuterung/verbindliche Erläuterung**

Planungsmittel für kurzfristig durchzuführende Sanierungsarbeiten an Brücken.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der CDU ohne Aussprache ab.

**Übergreifend – Verbesserung der Infrastruktur bei Straßenbauprojekten**

**Titel 28290 – Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke**

**Titel 33190 – Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für Investitionen**

**Titel 42831 – Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**

**(Fremdfinanzierung/Zweckbindung/Ausgleichsabgabe)**

**Titel 52102 – Unterhaltung von Brücken, Tunnel- und Ingenieurbauwerken im Zuge von Straßen und Wegen**

**Titel 52103 – Unterhaltung baulicher Anlagen des Wasserstraßenbaus und der Wasserwirtschaft**

**Titel 52105 – Unterhaltung von wasserwirtschaftlichen Anlagen in Gebieten Berlins mit hohen Grundwasserständen**

**Titel 54010 – Dienstleistungen**

**Titel 54040 – Bauvorbereitungsmittel**

**Titel 63107 – Ersatz von Ausgaben an den Bund**

**Titel 68228 – Zuschüsse zur Koordinierung, Vorbereitung und Umsetzung von Radverkehrsprojekten**

**Titel 68229 – Zuschuss an die GB infraVelo GmbH**

**Titel 89115 – Zuschuss zum Bau von Radschnellwegen**

**Titel 89116 – Zuschüsse an die GB infraVelo GmbH zur Durchführung von investiven Maßnahmen zur Verbesserung der gesamtstädtischen Radwegeinfrastruktur**

Nrn. 180 bis 194

Berichte Nrn. 2, 74 bis 77 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke sowie der Fraktion der CDU und der AfD-Fraktion

Jeweils keine Wortmeldung.

**Titel 68228 – Zuschüsse zur Koordinierung, Vorbereitung und Umsetzung von Radverkehrsprojekten**

Änderungsantrag Fraktion der FDP

Ansatz 2022      2 950 000      -500 000

Ansatz 2023      3 500 000      -500 000

**Begründung:** Die eingestellten Summen zu hoch angesetzt; zudem wird hier von einer (fast) Verdopplung der Mittelabflüsse im Vergleich zu 2021 ausgegangen.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der FDP ohne Aussprache ab.

**Titel 68229 – Zuschuss an die GB infraVelo GmbH**

Nrn. 195 bis 197

Bericht Nr. 2 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke sowie der AfD-Fraktion und der Fraktion der FDP

Keine Wortmeldung.

Änderungsantrag Fraktion der FDP

Ansatz 2022	7 500 000	-500 000
Ansatz 2023	7 500 000	-500 000

**Begründung:** Die Sach- und Personalkosten erscheinen für die durchgeführten Projekte sehr hoch.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der FDP ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Fraktion der CDU

Ansatz 2022	7 500 000	-7 500 000
Ansatz 2023	7 500 000	-7 500 000

**Begründung:** Die infraVelo schafft unnötige Doppelstrukturen. Die Personalkapazitäten werden in die Hauptverwaltung integriert. (s. lfd. Nr. 3)

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der CDU ohne Aussprache ab.

**Titel 72001 – Maßnahmen des Straßenbaus im Zentralen Bereich und im Bereich des Potsdamer/Leipziger Platzes**

**Titel 72002 – Maßnahmen im Zusammenhang mit Ortsdurchfahrten im Zuge von Bundesstraßen und des Straßenbaus außerhalb des zentralen Bereichs**

**Titel 72003 – Neubau einer Straßenverbindung An der Wuhlheide bis Märkische Allee (Weiterbau der TVO - Tangentialverbindung Ost)**

**Titel 72014 – Neubau von elektrischen Straßenbeleuchtungsanlagen**

**Titel 72015 – Ersatz und Umbau von Gasstraßenbeleuchtungsanlagen**

**Titel 72211 – Neubau eines Straßentunnels von Reichpietschufer bis Heidestraße einschließlich Straßenbrücke über den Landwehrkanal**

**Titel 72221 bis 72787 – Diverse Brückenneubauten**

**Titel 72332 – Ausbau der Panke in Berlin Mitte und Pankow (Phase II)**

**Titel 72701 – Neubau der Kynastbrücke über Bahnanlagen – Friedrichshain**

**Titel 72715 – Neubau der Elsenbrücke**

Nrn. 198 bis 210

Berichte Nrn. 78 bis 83 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke sowie der Fraktion der CDU, der AfD-Fraktion und der Fraktion der FDP

Jeweils keine Wortmeldung.

## **Titel 72715 – Neubau der Eisenbrücke**

### Änderungsantrag AfD-Fraktion

Ansatz 2022	1 000 000	+150 000
Ansatz 2023	1 000 000	+250 000

**Begründung:** Die Eisenbrücke muss so schnell wie möglich erneuert werden. Hier ist Tempo in die Planung zu bringen durch Einbindung externen Sachverständigen durch private Planungsbüros mit knappen Terminketten und Zuschlägen für zügigen Planungs- und damit Baufortschritt. Daher Erhöhung des Ansatzes um 15 und 25%

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

## **Titel 72850 – Neubau der Schleuse Neukölln sowie brückennaher Uferwände des Neuköllner Schifffahrtskanal im Bereich der Teupitzer-, Treptower-, Wildenbruch- und der Lohmühlenbrücke**

### **Titel 89115 – Zuschuss zum Bau von Radschnellwegen**

### **Titel 89116 – Zuschüsse an die GB infraVelo GmbH zur Durchführung von investiven Maßnahmen zur Verbesserung der gesamtstädtischen Radwegeinfrastruktur**

Nrn. 211 bis 217

Berichte Nrn. 1, 2 und 84 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke sowie der Fraktion der CDU, der AfD-Fraktion und der Fraktion der FDP

Jeweils keine Wortmeldung.

## **Titel 89116 – Zuschüsse an die GB infraVelo GmbH zur Durchführung von investiven Maßnahmen zur Verbesserung der gesamtstädtischen Radwegeinfrastruktur**

### Änderungsantrag Fraktion der CDU

Ansatz 2022	1 500 000	-1 500 000
Ansatz 2023	2 500 000	-2 500 000
VE 2022	3 500 000	-3 500 000
VE 2023	1 000 000	-1 000 000

**Begründung:** Begründung siehe lfd. Nr. 12

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der CDU ohne Aussprache ab.

**Kapitel 0770 – Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz - Integratives Verkehrsmanagement -**

**Übergreifend – Umsetzung der Maßnahmen aus der Organisationsuntersuchung zur VLB**

**Titel 11155 – Gebühren für die Sondernutzung öffentlicher Straßen**

**Titel 28103 – Ersatz von Bewirtschaftungsausgaben**

**Titel 51403 – Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen**

**Titel 51701 – Bewirtschaftungsausgaben**

**Titel 52121 – Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit**

**Titel 52512 – Verkehrserziehung**

**Titel 53111 – Ausschreibungen, Bekanntmachungen**

**Titel 54010 – Dienstleistungen**

**Titel 54022 – Leistungen für Lichtsignalanlagen**

**Titel 54053 – Veranstaltungen**

**Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland**

**Titel 72017 – Neu- und Umbau von Lichtsignalanlagen zur ÖPNV-Beschleunigung**

Nrn. 218 bis 242

Berichte Nrn. 17, 85 bis 93 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke sowie der Fraktion der CDU, der AfD-Fraktion und der Fraktion der FDP

Jeweils keine Wortmeldung.

**Einzelplan 27 – Zuweisungen an und Programme für die Bezirke**

**Kapitel 2707 – Aufwendungen der Bezirke - Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz -**

**Titel 23190 – Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für konsumtive Zwecke**

**Titel 52130 – Unterhaltung des Straßenlandes - Sonderprogramm Straßensanierung**

**Titel 52132 – Unterhaltung der Brunnenanlagen**

**Titel 54010 – Dienstleistungen**

Nrn. 243 bis 249

Berichte Nrn. 94 und 95 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke sowie der Fraktion der CDU und der AfD-Fraktion

Jeweils keine Wortmeldung.

## **Titel 54010 – Dienstleistungen**

### Änderungsantrag Fraktion der CDU

Ansatz 2022	2 550 000	-1 900 000
Ansatz 2023	2 550 000	-1 900 000

#### **Teilansatz Nr. 1**

##### **Vorbereitende Untersuchungen und Machbarkeitsstudien im Zusammenhang mit der Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung**

Ansatz 2022	1 700 000	-1 500 000
Ansatz 2023	1 700 000	-1 500 000

#### **Teilansatz 2**

##### **Entwicklung von Verkehrskonzepten und Begleituntersuchungen in den Bezirken u. a. zu den Themen „Autofreie Kieze“, „Verkehrsberuhigung“, „Innovative Mobilität“**

Ansatz 2022	400 000	-400 000
Ansatz 2023	400 000	-400 000

#### **Begründung:**

##### **Teilansatz Nr. 1**

Geringerer Mittelabfluss in der Vergangenheit sowie vorläufige Haushaltsführung lassen keinen erhöhten Bedarf vermuten.

##### **Teilansatz Nr. 2**

Die Verdrängung von Autos aus der Stadt zeugt von einer Ideologie, die einen Gegeneinander der Verkehrsteilnehmer zur Folge hat. Autofreie Kieze verlagern Parkdruck und Parksuchverkehr auf die umliegenden Gebiete. Berlin ist nicht Bullerbü.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der CDU ohne Aussprache ab.

**Bürgermeisterin Bettina Jarasch** (SenUMVK) dankt den Mitarbeitenden ihres Hauses für die Erstellung der Berichte.

**Vorsitzender Kristian Ronneburg** schließt sich dem Dank an.

Der **Ausschuss** beschließt, dem federführenden Hauptausschuss die Annahme des EPl. 07 und des Kapitels 2707 – soweit an diesen Ausschuss überwiesen – zu empfehlen, und nimmt die Sammelvorlage Nr. 0032-01 zur Kenntnis.

### Punkt 2 der Tagesordnung

#### **Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.